Strafprozeßreform und Staatsanwaltschaft.

Von Gerichtsassessor Carl Henschel in Berlin.

Über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit der Beschlüsse der Strafprozeß-Kommission, welche sich mit der Neugestaltung der staatsanwaltlichen Tätigkeit befassen, hat sich bereits ein ziemlicher Widerstreit der Meinungen entwickelt.

Genau so wie man die Brauchbarkeit einer Waffe nicht allein nach theoretischen Gesichtspunkten bestimmen kann, so vermag man auch die Brauchbarkeit einer Gesetzesbestimmung erst richtig zu beurteilen, wenn man sieht, wie sie sich in der Praxis bewährt. Nur ist man hier meist nicht wie bei Waffen in der glücklichen Lage, sie auf einem Übungsfelde in kleinem Maßstabe ausprobieren zu können.

Zuweilen haben aber Bestimmungen, wie sie dem Gesetzgeber vorschweben, bereits irgendwo und in ähnlicher Form und unter ähnlichen Verhältnissen Gesetzeskraft erlangt. Dann wird man die günstige Gelegenheit nicht versäumen dürfen, sondern zu prüfen haben, wie sich diese ähnlichen Bestimmungen in der fremden Praxis bewähren.

Verschiedene neue Gedanken der Strafprozeßreform sind nun aber bereits in einer mehrjährigen Praxis ausprobt, nämlich auf dem Gebiete des Militärstrafverfahrens.

Dieses kennt nur bei dem Reichsmilitärgericht eine Militär-anwaltschaft. In dem Verfahren vor den Kriegsgerichten — von den zur Zuständigkeit der Standgerichte gehörenden Bagatelldraf-sachen, sowie den Berufungssachen sehen wir hier ab — wird ein Kriegsgerichtsrat mit der Führung des Ermittlungsverfahrens beauftragt. Das Gesetz nennt diesen Beauftragten den „Unter-suchungsführer“, eine Bezeichnung, die auch im folgenden im technischen Sinne gebraucht werden wird. Hält der Untersuchungs-führer das Verfahren für abgeschlossen, so hat er dem Gerichtsherrn über das Ergebnis mündlich oder schriftlich Bericht zu erstatten und zugleich einen Antrag auf Einstellungs- oder Anklage-Ver-fügung zu stellen. Die daraufhin vom Gerichtsherrn erlassenen

Verfügungen werden von dem Kriegsgerichtsrat mit unterzeichnet, wodurch dieser die Mitverantwortlichkeit für deren Geseßlichkeit übernimmt.

Die Anklageverfügung hat den im § 198 StPD. für die Anklageschrift vorgeschriebenen Inhalt, nur daß die Angabe der Beweismittel fehlt. In prozessualer Beziehung steht sie aber dem Eröffnungsbeschlusse gleich. Zur Begründung der Anklage fertigt hierauf der Kriegsgerichtsrat eine die Beweismittel und die wesentlichen Ergebnisse der stattgehabten Ermittlungen enthaltende Anklageschrift an. In der Hauptverhandlung ist er regelmäßig der Vertreter der Anklage.

Alle diese Einzelheiten der Tätigkeit des Untersuchungsführers ergeben, daß dieser in dem kriegsgerichtlichen Verfahren die Stelle des Staatsanwalts versieht, wenn auch in einer durch das Institut des Gerichtsherrn modifizierten Weise.

Aber noch in einer viel wichtigeren Beziehung weicht seine Tätigkeit von der des Staatsanwalts ab. Er führt seine Ermittlungen zugleich als Richter, wie der Untersuchungsrichter der Strafprozeßordnung. Er kann daher auch eidliche Vernehmungen von Zeugen und Sachverständigen vornehmen, richterlichen Augenschein usw. einnehmen. Diese richterliche Seite soll aber vorläufig ganz beiseite bleiben und zunächst nur untersucht werden, wie es sich in der Praxis bewährt, wenn der als Staatsanwalt in einem Strafverfahren fungierende Beamte selbst die Ermittlungen bewirkt, wie dies von der Strafprozeß-Kommission beschlossen worden ist. Heute führt bekanntlich der Staatsanwalt die Ermittlungen in den weitaus meisten Fällen nicht selbst, sondern läßt sie gemäß § 159 StPD. durch die Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes vornehmen.

Daß hiergegen das militärische Verfahren viele Vorteile bietet, liegt eigentlich auf der Hand. Der Untersuchungsführer lernt den Beschuldigten, die Zeugen usw. aus eigener Anschauung kennen, abgesehen von den verhältnismäßig selteneren Fällen, wo er wegen weiter Entfernung der Zeugen auf die Rechtshilfe angewiesen ist.

Besonders wichtig und meist für den Beschuldigten vorteilhaft erscheint es mir, daß der Untersuchungsführer den Beschuldigten gründlich kennen lernt. Er vernimmt ihn zuerst verantwortlich, bei größeren Untersuchungen wiederholt im Laufe des Verfahrens und schließlich, wie dies die Strafprozeß-Kommission auf das bürgerliche

Verfahren ausdehnen will, über das Ergebnis der Ermittlungen. Durch dieses Kennenlernen des Beschuldigten bildet sich zwischen diesem und dem Untersuchungsführer ein gewisses persönliches Band, welches es dem letzteren erleichtert, auch die zur Entlastung des Beschuldigten dienenden Umstände zu ermitteln, wie ihm das Gesetz vorschreibt. Der Staatsanwalt dagegen kennt heute meist den Beschuldigten und die Zeugen nur aus den zuweilen recht unzuverlässigen Vernehmungen niederer polizeilicher Organe. In der Hauptverhandlung sieht er den Angeklagten und die Zeugen zum ersten Mal persönlich.

Wieviel ungünstiger dieses Verhältnis für den Beschuldigten ist, ergibt sich häufig bei den Untersuchungen der vor dem Dienst eintritt begangenen Zuwiderhandlungen gegen die allgemeinen Strafgesetze. Oft ist hier bereits die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen. War eine gerichtliche Voruntersuchung vorhergegangen, so bietet diese natürlich eine ausreichende Grundlage für das militärgerichtliche Verfahren. Liegen aber nur die polizeilichen Ermittlungen vor, wie die Regel bildet, so bedarf es fast stets der Anordnung eines weiteren Ermittlungsverfahrens. In diesem wird zunächst der Beschuldigte — das Militärstrafverfahren kennt wegen seiner besonderen geschilderten Struktur nicht den Begriff des Angebeschuldigten — von dem Untersuchungsführer eingehend vernommen, ebenso die Zeugen, welche sich am Orte befinden. Auswärtige Zeugen werden unter Vorhalt der ausführlichen Angaben des Beschuldigten im Wege der Rechtshilfe von einem Richter vernommen. Das denn vorliegende Material bietet nun häufig ein ganz anderes Bild, als das seiner Zeit der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stehende, welches die Grundlage zur Erhebung der öffentlichen Klage gewesen war, und wie ich nochmals betone, ist dieses Bild meist ein für den Beschuldigten günstigeres.

Ja manches Ermittlungsverfahren mit seinen Nachteilen und Aufregungen für den Beschuldigten, mit seinen Zeitverlusten für die Zeugen würde erst gar nicht eingeleitet werden, wenn auch im Zivilstrafverfahren ein Jurist von vornherein mit der Sache befaßt würde. Es besteht bekanntlich im großen Publikum die Neigung, bei jedem kleinen Vermögensschaden, den jemand erlitten zu haben glaubt, zur Polizei zu rennen und den Schaden anzuzeigen in der Hoffnung, dadurch das Verlorene wiederzuerlangen. Hier ist wohl der Jurist, oft aber nicht die Polizei in der Lage zu entscheiden, ob über-

haupt eine strafbare Handlung in Frage kommt, oder ob es sich nicht nur um eine lediglich im Zivilprozeß verfolgbare Sache handelt.

Anderseits vermag der Jurist kraft seiner umfassenderen Vorbildung den Sachverhalt in viel gründlicherer systematischerer Weise zu erforschen, Beweismittel herbeizuschaffen usw. Ähnlich wie das Schicksal einer Wunde vom ersten Verband hängt der Ausgang einer Untersuchung häufig von der ersten Hand ab, in die sie kam. Eine ungeeignete erste Hand kann namentlich in Fällen, wo der Täter noch unbekannt, aber in einem bestimmten Personenkreise zu suchen ist, alles verpfuschen. In militärischen Kapitalfällen dieser Art ist es daher auch eine regelmäßige glückliche Praxis, sofort nach dem Kriegsgerichtsrat zu rufen, der dann aus dem noch unbeackerten Boden ganz andere Früchte gewinnen kann, als wenn ihm von kriminalistisch nicht Vorgebildeten vorgearbeitet wäre.

Nach diesen Erfahrungen der Praxis auf einem verwandten Gebiete ist daher der Beschluß der Strafprozeß-Kommission, wonach die Vernehmungen in der Regel von der Staatsanwaltschaft selbst bewirkt werden sollen, als ein zweifelloser Fortschritt gegen den früheren Zustand anzusehen.

Es fragt sich aber, ob der von der Strafprozeß-Kommission zur Verwirklichung dieses Gedankens eingeschlagene Weg gangbar ist.

Die erste Folge des Beschlusses, wenn er Gesetz würde, wäre die notwendige Vermehrung der Staatsanwaltschaften um das Vielfache. Dies ist nicht nur eine Kosten-, sondern auch eine Personenfrage. Schon heute ist der Andrang zur Staatsanwaltschaft kein großer. Er wird bei der geplanten Neugestaltung voraussichtlich noch mehr nachlassen, einmal weil durch die Schaffung vieler neuer unterer Stellen ohne nennenswerte Vermehrung der höheren ein Hinaufrücken in diese nur wenigen beschieden sein wird. Dann aber auch weil der Vorteil, daß die Staatsanwaltschaften sich immer an Landgerichtssitzen, also nicht an den allerkleinsten Orten befinden, verloren gehen wird. Man wird eine große Zahl detachierter Staatsanwaltschaften schaffen müssen, ebenso wie es detachierte Kriegsgerichtsräte gibt, damit die Zeugen nicht erst an den Sitz des Landgerichts müssen. Dies wäre einmal zu kostspielig und griffe auch zu sehr in die bürgerliche Beschäftigung der Zeugen ein.

Bei den Vernehmungen selbst will die Strafprozeß-Kommission dem Staatsanwalt keinen Protokollführer zugesellen. Es gibt nun

kaum eine aufreibendere und anstrengendere Tätigkeit, als tägliche Vernehmungen. Der Vernehmende muß, um die wenigen Goldkörner aus dem vielen tauben Gestein herauszuschlagen zu können, außer von Welt- und Menschenenerfahrung von großer geistiger Frische sein. Muß er nun zu der geistigen noch die körperliche Arbeit gesellen und selbst die Protokolle schreiben, so wird er naturgemäß schneller ermüden und daher weniger Vernehmungen täglich leisten können, als der Untersuchungsführer mit Protokollführer. In bezug auf die Schnelligkeit der Ermittlungen bliebe daher das militärische Verfahren auch in Zukunft dem bürgerlichen überlegen.

Dann macht Langer in Nr. 24 der DZ. von 1905 mit Recht darauf aufmerksam, daß die Staatsanwälte „kostspielige Schreibkräfte“ sein werden, abgesehen davon, daß man bei einem Staatsanwalt außer seiner juristischen Qualifikation noch besonders darauf sehen müßte, daß er eine lesbare Handschrift schreibt, denn sonst haben seine Protokolle überhaupt keinen Wert.

Man würde erheblich weniger Staatsanwälte brauchen, wenn man ihnen Protokollführer geben würde. Da letztere natürlich für den Fiskus billiger sind, würde dieser bei Gewährung von Protokollführern zweifellos billiger fahren.

Dann aber zerstreut das Schreiben die Aufmerksamkeit des Staatsanwalts und lenkt von der Beobachtung des Beschuldigten und der Zeugen ab. Dadurch entgeht dem Staatsanwalt zweifellos manche wichtige Einzelheit und dem Beschuldigten wird ermöglicht, einen Zeugen oder Mitschuldigen unbemerkt durch Winke zu beeinflussen.

Weiter einige äußerliche Gründe! Ein allein amtierender Staatsanwalt wird häufig in nicht wünschenswerte Lagen kommen. Er vernimmt z. B. einen gefährlichen Raubmörder. Dieser kann sich, während der Staatsanwalt mit Schreiben beschäftigt ist, auf ihn, den er als seinen Feind ansehen muß, stürzen oder vielleicht zu entfliehen suchen. Die Anwesenheit einer zweiten Person würde diese Gefahren fast ganz beseitigen, da der Vernehmende, der selbst nicht zu schreiben braucht, den Verbrecher nicht aus den Augen lassen würde.

Oder der Staatsanwalt vernimmt eine Dirne oder ein früh verdorbenes, halberwachsenes Großstadtmädchen. Aus verschiedenen Fällen ist bekannt, daß solche Geschöpfe später die Behauptung auf-

gestellt haben, sie seien unsittlich berührt worden. Ein älterer Berliner Richter riet seinen Referendaren, bei derartigen Vernehmungen, z. B. auf der Anmeldestube, niemals mit solchem Geschöpf allein zu sein, sondern sich einen Gerichtsdiener im Zimmer aufhalten zu lassen.

Es ist auch nicht angenehm, wenn dem Staatsanwalt der zu vernehmende Zeuge, die anwesenden Beschuldigten und vielleicht noch ein Verteidiger zu nahe auf den Leib rücken. Die Mitanwesenheit eines Protokollführers vergrößert von selbst die räumlichen Entfernungen.

Schließlich ein formales Bedenken! Nach Beschluß 190 der Strafprozeß-Kommission sollen die vom Staatsanwalt aufgenommenen Protokolle als Beweismittel über ein Geständnis verlesen werden können, während dies bisher nach § 253 StPD. nur bei richterlichen Protokollen der Fall war. Die wahre Urkundsperson bei Protokollen ist nun sonst sowohl nach § 271 StPD., wie nach § 163 ZPD. der Protokollführer, seine Unterschrift genügt im Falle der Verhinderung des Richters. Wenn daher nach dem Vorschlag der Kommission der Staatsanwalt selbst zur Urkundsperson für sein Protokoll gemacht wird, so werden damit die sonst in der Straf- und streitigen Gerichtsbarkeit geltenden Grundsätze, die sich gut bewährt haben, unnötig durchbrochen.

Bemängelt aber der Angeklagte die Richtigkeit des Protokolls in der Hauptverhandlung — hierauf macht Langer a. a. O. mit Recht aufmerksam, — so wird als der einzige Zeuge für die Richtigkeit desselben der in den Augen des Publikums als Partei interessierte Staatsanwalt vernommen. Häufig wird es allerdings m. E. nicht vorkommen, daß der Staatsanwalt sein Protokoll als Zeuge eidlich erhärten muß. Im Militärverfahren wenigstens, wo die vom Untersuchungsführer aufgenommenen Protokolle über ein Geständnis schon als richterliche stets verlesbar waren, ist dieser Fall außerordentlich selten. Man wird daher, wie regelmäßig im Militärstrafverfahren, dem Staatsanwalt, welcher die Ermittlungen geführt hat, die Vertretung der Anklage in der Hauptverhandlung übertragen können. Gerade in der Hauptverhandlung würde der Staatsanwalt, welcher selbst die Vernehmungen bewirkt hat, wie der Untersuchungsführer im Militärverfahren, als der beste Kenner der unter seinen Händen entstandenen Akten dem Richter wertvolle Dienste leisten können, ohne daß dadurch m. E. irgend welche be-

rechtigte Interessen des Angeklagten verletzt würden. Freilich wird man dann mit dem wenigstens bei großen Staatsanwaltschaften heute üblichen Grundsatz brechen müssen, daß ein Staatsanwalt zum Terminsvertreter für alle anstehenden Sachen bestellt wird, gleichgültig ob er oder ein anderer Dezernent sie bearbeitet hat. Um dem Staatsanwalt unnötiges Warten und zu häufige Hauptverhandlungen zu ersparen — dies würde seine Zeit den schwebenden Untersuchungen entziehen — würde es sich wie im Militärstrafverfahren empfehlen, möglichst die spruchreifen Sachen eines Staatsanwalts auf denselben Tag hintereinander anzusetzen. Geschähe dies nicht und griffe man nicht insolgedessen wieder zu dem Institut des Terminsvertreters, so ginge damit der ganze Vorteil der unmittelbaren Anschauung, den der Beschluß der Kommission bezweckt, verloren.

Dieser an sich so gute Gedanke, daß der Staatsanwalt auf Grund persönlicher Ermittlungen sich entschließen soll, ist aber leider von der Kommission nicht bis in die Konsequenzen verfolgt worden. Auch hier soll zur Vergleichung wieder der militärische Untersuchungsführer herangezogen werden. Wie bereits erwähnt, hat dieser zugleich richterliche Qualität. Er kann daher gemäß § 195 MStG. Zeugen beeidigen, wenn die Beeidigung als Mittel zur Herbeiführung einer wahrheitsgetreuen Aussage über eine Tatsache, von der die Erhebung der Anklage abhängig ist, erforderlich erscheint, ebenso wenn der Zeuge voraussichtlich am Erscheinen in der Hauptverhandlung verhindert oder sein Erscheinen wegen großer Entfernung besonders erschwert sein wird. Der Untersuchungsführer nimmt auch selbst den Augenschein ein, Zeichenschau usw. vor. Durch die Befugnis des Untersuchungsführers, dergleichen richterliche Handlungen selbst vorzunehmen, wird eine Geschlossenheit der Untersuchung bewirkt, die sich sehr bewährt hat. Es ist eine alte Regel: „Viele Köche verderben den Brei“. Je mehr Personen in eine Untersuchung eingreifen, desto mehr wird sie — schon insolge des häufigen Aktensendens verschleppt — und ihre Ergebnisse zerflattern.

Nebenbei wird das Verfahren dadurch, daß auch der Staatsanwalt der Zukunft bei dem Erforderlichwerden richterlicher Handlungen den Richter herbeirufen muß, sehr verteuert. Man denke, es ist eine Straftat in einem entlegenen Dorfe geschehen, der Staatsanwalt ist hingefahren, um die dortigen Zeugen zu vernehmen. Ein Zeuge ist totkrank. Dann kann der Staatsanwalt ihn nicht

eidlich vernehmen, er muß den Richter ersuchen, der nun ebenfalls nach dem Dorfe reist und vielleicht den Zeugen schon tot findet. Mag so tragisch auch nicht jeder Fall enden, die doppelten Reisekosten und eine Verzögerung des Verfahrens entstehen immer.

Will man die Staatsanwaltschaft zum Organ des Ermittlungsverfahrens machen, so muß man sie auch so ausstatten, daß sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Zu der vollen Erfüllung gehört aber auch die Befugnis zu richterlichen Handlungen, von der natürlich, wie im Militärverfahren, nur in selteneren Fällen Gebrauch gemacht werden würde.

Neben einem mit richterlichen Funktionen ausgestatteten Staatsanwalt hätte freilich der Untersuchungsrichter keinen rechten Zweck mehr, da dann gerade die schwersten Sachen des Vorteils entbehren, welchen die unmittelbare Anschauung des Staatsanwalts mit sich bringt.

Statt der Staatsanwaltschaft die zur Durchführung ihrer Aufgaben notwendige so geringe richterliche Funktion zu geben, hat die Kommission umgekehrt dem Staatsanwalt sogar den Richter zum Vormund gesetzt. Nach Beschluß 125 kann der Beschuldigte und der Verteidiger außer bei dem Staatsanwalt auch bei dem Richter Beweisangebote stellen, welche der Staatsanwalt zu erledigen oder dem Richter zur Erledigung zu überlassen hat. Hierin liegt das Mißtrauensvotum, daß man dem Staatsanwalt zutraut, er könnte berechnete Beweisangebote des Beschuldigten unter den Tisch fallen lassen. Da nun der Staatsanwalt nach dem berühmten Absatz 2 des § 158 StPD. auch die zur „Entlastung“ dienenden Umstände zu ermitteln hat, würde er eine Pflichtverletzung begehen, wenn er angebotene Entlastungsbeweise ablehnte, soweit es sich nicht offensichtlich nur um Verschleppungsmanöver handelt.

Zu übrigen hat das Gesetz ein vorzügliches Sicherheitsventil, welches es dem Beschuldigten, wenn ihn wirklich einmal der Staatsanwalt in seinen Beweisangeboten beschränken sollte, auf jeden Fall möglich macht, vor der Hauptverhandlung noch bei einem Richter Gehör zu finden. Es ist dies § 199 StPD. Nach dieser Bestimmung hat der Vorsitzende des Gerichts dem Angeklagten die Anklageschrift mitzuteilen und ihn zugleich zu der Erklärung aufzufordern, ob er eine Voruntersuchung oder die Vornahme einzelner Beweiserhebungen vor der Hauptverhandlung beantragen oder Einwendungen gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens vorbringen

wolle. Diese Vorschrift würde, wenn auch natürlich infolge der Neugestaltung der staatsanwaltlichen Tätigkeit modifiziert, in einer neuen Strafprozeßordnung ebenfalls Aufnahme zu finden haben. Das Gericht würde dann über die Beweisangebote und Einwendungen des Angeeschuldigten zu beschließen und eventuell die Erhebung der vom Angeeschuldigten beantragten Beweise anzuordnen haben. Erschienen dann der Angeeschuldigte einer strafbaren Handlung nicht mehr hinreichend verdächtig, so würde das Gericht den Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens ablehnen.

Auf diese Weise ist der Beschuldigte bezw. Angeeschuldigte ausreichend gegen etwaige Willkürakte des bösen Staatsanwalts geschützt. Es besteht daher m. E. kein Grund, dem Beschuldigten schon, während der Staatsanwalt das Ermittlungsverfahren führt, die Möglichkeit zu gewähren, außer bei dem Staatsanwalt auch bei dem Richter Beweisangebote zu stellen. Mindestens müßte diese Möglichkeit auf solche Beweise beschränkt werden, deren Verlust zu besorgen steht. Der Grund der Besorgnis müßte glaubhaft gemacht werden.

Das Militärstrafverfahren hat übrigens, da hier der Untersuchungsführer dem Beschuldigten die Anklage-Verfügung und -Schrift selbst aushändigt und ihn nach etwaigen Anträgen fragt, kein dem § 199 StPD. entsprechendes Sicherheitsventil. Hier wirkt erst die Hauptverhandlung als solches. Wie verschwindend selten kommt es aber vor, daß das Verfahren ausgesetzt und weitere Beweiserhebungen angeordnet werden. In den wenigen Fällen handelt es sich aber meist um nova, die in der Hauptverhandlung gebracht wurden. Kommt man daher im Militärstrafverfahren ohne eine Vorschrift, wie sie Beschluß 125 im Sinne hat, aus, wieviel mehr im Zivilstrafverfahren, wo die Kantelen des § 199 StPD. bestehen!

Auf Grund der Erfahrungen der Militärstrafpraxis ersehen wir, daß die Kommission damit, daß sie die Vernehmungen in die Hände der Staatsanwaltschaft selbst legt, auf einem guten Wege ist, daß sie aber auf diesem Wege halb stehen geblieben ist, indem sie einmal dem Staatsanwalt keinen Protokollführer gewährt, vor allem aber weil sie ihm die notwendige richterliche Funktion vorenthielt, vielmehr dem Staatsanwalt noch den Richter als Kontrollorgan setzte.